Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Jährlich: RM. 8.—, halbjährlich: RM. 4.—, vierteljährlich: RM. 2.—. Einzelnummer 20 Pf. / Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echos“: München, Herzog-Max-Straße Nr. 4.

Inhalt:

Anzeigen: Die viergespaltene Millimeter-Zeile: 30 Pfennig / Familien-Anzeigen Ermäßigung / Anzeigen-Annahme: Verlag des „Jüdischen Echos“, München, Herzog-Max-Straße 4 / Tel. 53099 Postscheck-Konto: München 3987.

Nr. 13 | **München, 1. April 1927** | **14. Jahrgang**

Das „Jüd. Echo“ ist auch zu beziehen durch die Bchhdlg. Niederhuber Zentral-Zeitungsvertr., München, Maximilian-Wurzerstr. 5 Tel. 23363

1927 Wochenkalender 5687	April	Nissan	Bemerkungen
Sonntag	3	1	ראש חדש
Montag	4	2	
Dienstag	5	3	
Mittwoch	6	4	
Donnerstag	7	5	
Freitag	8	6	
Samstag	9	7	מצרע

Das Jüdische Echo

Nummer 13 **1. April** **14. Jahrgang**

Redaktionsschluß für die nächste Nummer: Dienstag abend

Zionismus und Religion

Von A. J. Schachrai

Die Ausführungen, die Professor Rappard bei einer der Tagungen des Völkerbundes über Palästina gemacht hat und die seinerzeit in der jüdischen Presse verbreitet wurden, haben in die Mauer von Legenden, mit denen die Agudas Jisroel ihre Beziehungen zur Zionistischen Organisation umgeben hat, eine breite Bresche geschlagen. Der Lichtstrahl, der durch diese Bresche gedrungen ist, hat die Verhältnisse hell beleuchtet und in ihrem wirklichen Wesen gezeigt.

Lange schon bemüht sich die Agudas Jisroel, die Anschauung zu verbreiten, daß der Zionismus die Religion negiere und sie aus dem Leben der Siedlung in Palästina, die er zu errichten bemüht ist, auszuschalten versucht. Zum Schutz dieser Religion hat die Agudas Jisroel ein Memorandum voll Beschuldigungen gegen den Zionismus an die Regierung Großbritanniens und den Völkerbund gerichtet. Da aber kam Professor Rappard und setzte Zweifel in die Behauptungen der Agudas Jisroel und erklärte, daß sie seines Erachtens kein Monopol auf die Religion besitze und daß anderseits nicht alle Zionisten antireligiös seien.

Wahrlich, die Worte Rappards, die nur als Vermutung ausgesprochen wurden, entsprechen im vollsten Sinne der Wahrheit. Wir wissen, daß die Zionistische Organisation eine Volksorganisation und wie das Volk selbst zusammengesetzt ist. Es gibt in ihr Gruppen, die die Thora und ihre Gebote treu beobachten, aber es gibt in ihr ebenso andere, die sich um die Beobachtung der Gebote nicht kümmern, und endlich solche, die davor zurückschrecken, die Gebote der Thora durch ihre Handlungsweise geringzuschätzen. Antireligiöse Menschen aber, die sich darum bemühen, die Zionistische Organisation im Sinne eines Kampfes gegen die Religion zu beeinflussen, gibt es in der Zionistischen Organisation nicht. Es gibt in ihr Menschen, die religiöse Bedürfnisse fühlen und von der Organisation deren Befriedigung fordern. Und es gibt andere Gruppen, die mehr die Notwendigkeit der Erfüllung anderer Bedürfnisse spüren und deren Befriedigung von der Organisation verlangen. Die Zionistische Organisation hat aber in ihrem Budget Raum für die Bedürfnisse beider Gruppen und befriedigt nach ihren Kräften beide. Menschen jedoch, die einen grundsätzlichen Kampf gegen die Befriedigung religiöser Bedürfnisse führen, waren bisher in der Zionistischen Organisation nicht vorhanden.

Im Budget der Zionistischen Organisation gibt es einen besonderen Posten für die Befriedigung religiöser Bedürfnisse in Höhe von L. 5000, und dieser Posten ist in der Hauptsache für die landwirtschaftliche Siedlung bestimmt, weil bei der städtischen Siedlung schon aus früherer Zeit Institutionen vorhanden sind, deren Aufgabe die Sorge für religiöse Bedürfnisse ist. Der erwähnte Betrag im Budget der Zionistischen Organisation aber ist sehr vielsagend. In diesem religiösen Budgetposten figurieren Rabbiner und Schächter für 30 Siedlungspunkte. Daneben sind Beträge in Höhe von L. 500 jährlich für rituelle Tauchbäder, von L. 750 jährlich für Synagogen, religiöse Abgaben, rituelle Küchen in Stadt und Land, rituelle Verpflegung auf den Einwandererschiffen, für die Beschaffung von Mazzoth zu Pessach und endlich auch ein Betrag für die Beschaffung von religiöser Literatur ausgeworfen.

L. 5000 für religiöse Bedürfnisse — das ist an sich schon eine schöne und angemessene Summe, besonders aber dann, wenn man berücksichtigt, daß es sich um eine noch wenig umfangreiche Siedlung handelt, die zudem nicht arm ist an religiösen Institutionen aus früherer Zeit. Jedenfalls ist schon dieser Betrag, der für religiöse Zwecke in das allgemeine Budget der Zionistischen Organisation eingestellt wird, geeignet, die Legenden zu zerstören, die die Agudas Jisroel über die Antireligiosität der Zionistischen Organisation verbreitet. Wir müssen jedoch noch hinzufügen, daß sowohl in der Budgetkommission wie auf dem Zionistenkongreß, der das Budget beschlossen hat, sich *auch nicht eine einzige Stimme gefunden hat, die es für notwendig gehalten hätte, irgendwie gegen dieses religiöse Budget anzukämpfen, und wir müssen sogar weiter sagen, daß dieser Budgetposten der einzige ist, gegen den es überhaupt keinen Widerstand gab und der einstimmig angenommen wurde.*

Innerhalb der Zionistischen Organisation gibt es mehr positive und weniger negative Beziehungen zur Religion als sonst in irgendeiner Volksorganisation oder Gruppe, die in sich Anhänger aller Richtungen des Judentums vereinigt, ja sogar mehr positive Beziehungen als in irgendeiner jüdischen Gemeinde der Diaspora. Bei den Tagungen des Zionismus ist noch niemals ein solcher Kampf gegen die Religion laut geworden, wie in irgendeiner Körperschaft einer jüdischen Gemeinde, weil in der Zionistischen Organisation so extrem radikale Grundanschauungen wie in einer jüdischen Gemeinde der Diaspora nicht vorhanden sind. Der „Bund" und seine Anhänger, die den Kampf gegen die Religion führen, kämpfen auch gegen die Zionistische Organisation. Und trotzdem behauptet man z. B. nicht, daß die Jüdische Gemeinde in Warschau, in der der „Bund" vertreten ist, antireligiös sei, was man geflissentlich über die Zionistische Organisation verbreitet.

L. 5000 stellt die Zionistische Organisation für religiöse Bedürfnisse in ihr Budget ein; dabei hat sie ein Budget, das viele andere Bedürfnisse, so die der Kolonisation, der Arbeitsbeschaffung usw.

befriedigen muß. Wir wollen einmal prüfen, in welchem Maße auch in diesem Gesamtbudget für die Bedürfnisse der Gesetzestreuen gesorgt wird. Den Löwenanteil am Budget der Zionistischen Organisation verschlingen die Arbeitsgebiete Kolonisation, Erziehung und Sanitätswesen.. Wir beginnen mit dem Sanitätswesen.

Ungefähr L. 100 000 bringt die Zionistische Organisation und die Organisation Hadassah, die ein Teil von ihr ist, für das Sanitätswesen auf. Der größte Teil dieser Summe wird für die Erhaltung von Krankenhäusern in den Städten Jerusalem, Tel-Awiw, Haifa, Safed und Tiberias ausgegeben. In Jerusalem bestehen drei Krankenhäuser, die vom alten Jichuv erhalten werden. Trotzdem sind die Kranken, die die Krankenhäuser der Hadassah und ihre Kliniken in Jerusalem aufsuchen, in der Mehrzahl strenggläubige Juden. Der Grund hierfür ist nicht etwa, daß man diese Juden gegenüber anderen bevorzugt — Ärzte machen keinen Unterschied zwischen Juden dieser oder jener Richtung —, sondern der Grund ist einfach, daß die Mehrzahl der Juden in der Stadt gesetzestreue Juden sind. In den übrigen Städten, in denen es nur Krankenhäuser gibt, die aus Mitteln der Zionistischen Organisation erhalten werden, nehmen die gesetzestreuen Juden diese sicherlich ebenfalls in einem hohen Maße in Anspruch.

Das zweite Gebiet, für das große Ausgaben gemacht werden, ist das Erziehungswesen im Lande. Ungefähr L. 30 000 von der Gesamtsumme, die für das Erziehungswesen bestimmt ist, werden für die Erhaltung von Volks- und Mittelschulen, die unter Aufsicht des Misrachi stehen, ausgegeben. Daneben sind weitere L. 4000 für die besonderen Erziehungsinstitute und Lehrer des Misrachi bestimmt, der in einem besonders hohen Maße Anstalten für seine speziellen Unterrichtsaufgaben unterhält. Auch unter den übrigen Schulen, die nicht direkt unter der Aufsicht des Misrachi stehen, gibt es solche, die seinem Geist und seinem Einfluß nahestehen. Allgemein also kann mit Genugtuung festgestellt werden, d a ß m i t H i l f e d e s B u d g e t s d e r Z i o n i s t i s c h e n O r g a n i s a t i o n d a s g e s e t z e s t r e u e S c h u l w e s e n s i c h v o n J a h r z u J a h r b e s s e r e n t w i c k e l t, sowohl in bezug auf die Zahl der Schulen, als auch bezüglich der Zahl der Lehrer und Schüler.

Das dritte Arbeitsgebiet der Zionistischen Organisation, für das große Summen ausgegeben werden, ist das Gebiet der Kolonisation. Bis zu den letzten Jahren war die Zahl der gesetzestreuen und orthodoxen Juden, die diesen Teil des Budgets in Anspruch nahmen, gering, weil nur wenige Juden dieser Richtung sich mit landwirtschaftlicher Kolonisation befaßten. Sie hielten sich in ihrer körperlichen Vorbereitung für diese Tätigkeit nicht geeignet und drängten sich nicht nach ihr. In den letzten Jahren aber trat ein bedeutsamer Gesinnungswandel bezüglich dieser Tätigkeit auch bei den gesetzestreuen Juden ein, und gar manche von ihnen forderten, auch in der landwirtschaftlichen Kolonisation beschäftigt zu werden. In der kurzen Zeit, die verstrichen ist, seitdem dieser Anschauungswandel eingetreten ist, wurden durch die Zionistische Organisation folgende landwirtschaftliche Siedlungen mit ausschließlich gesetzestreuer Bevölkerung gegründet und erhalten:

1. Kfar Chittin, eine Siedlung des Misrachi;
2. Nachlath Jacob, die Siedlung der Chassidim von Jablona;
3. Awodath Jisrael, die Siedlung der Chassidim von Kozinitz;
4. Kfar Gideon, eine Siedlung gesetzestreuer Juden aus Transsylvanien;
5. Magdiel, eine Siedlung gesetzestreuer Juden aus Polen und Litauen;
6. Bne Brak, eine Siedlung gesetzestreuer Juden aus Polen;
7. Kfar Uria, eine Siedlung des Misrachi.

Daneben bestehen Siedlungen jemenitischer Juden und eine Siedlung von Bauernsöhnen, in die die Zionistische Organisation bereits £ 50 000 investiert hat und weitere £ 60 000 in den nächsten zwei Jahren investieren wird.

Zum Programm der landwirtschaftlichen Kolonisation in diesem Jahre gehört ferner erstens eine Siedlung orientalischer Juden, zweitens eine Siedlung von Einwanderern aus Rumänien, und endlich eine Siedlung einzelner Angehöriger des Mittelstandes, für die der Keren Hajessod insgesamt ungefähr £ 80 000 verwenden wird. So sieht der Anteil der gesetzestreuen Juden am Budget der Zionistischen Organisation aus, obwohl sie erst in den letzten Jahren zur Beschäftigung mit der Landwirtschaft gelangt sind.

Es gibt dann im Budget der Zionistischen Organisation noch einen Posten für Einwanderung. Ich weiß zwar nicht, wie groß die Zahl der gesetzestreuen Juden unter den Einwanderern ist, es ist aber sicher, daß jeder Einwanderer, der durch die Palästina-Ämter der Zionistischen Organisation geht, diese den gleichen Betrag kostet, ganz gleich, ob er gesetzestreu ist oder nicht.

Wir erwähnen endlich noch zwei Arbeitsgebiete, für die die Zionistische Organisation in ihrem Budget erhebliche Beträge ausgeworfen hat: das Departement für Handel und Industrie bei der Zionistischen Exekutive ist an der Gründung der Bank zur Förderung von Handel und Industrie mit £ 40 000 beteiligt. Die Gelder dieser Bank aber sind zur Förderung von Tätigkeiten bestimmt, an denen die gesetzestreuen Kreise sehr stark beteiligt sind. Von dem Budget des Departements für Arbeitsbeschaffung bei der Zionistischen Exekutive endlich hat der Misrachi allein für die Gesellschaft „Olim Bonim" und den Bau der Tachkemonischule £ 12 000 erhalten. Daneben sind selbstverständlich auch zahlreiche gesetzestreue Juden unter den Angehörigen der allgemeinen Arbeiterorganisation vorhanden und nehmen in gleichem Maße wie alle übrigen Arbeiter das Arbeitsbudget der Zionistischen Organisation in Anspruch.

Es wäre sehr interessant zu erfahren, ob die Agudas Jisroel, die sich als die Schützerin der Religion aufspielt, ähnliche Beträge für die Erhaltung der Religion ausgibt, wie sie die Zionistische Organisation, die angeblich die Religion negiert, für diees Zwecke verwendet.

III. Verbandstag des preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden

Berlin, 28. März. (JTA.) Am Sonntag, dem 27. März 1927, 2½ Uhr nachmittags, traten die Abgeordneten der Landesversammlung der preußisch-jüdischen Gemeinden zu einem dritten Verbandstag zusammen, um den Tätigkeitsbericht des Rates entgegenzunehmen, den Etat für 1927/28 zu genehmigen und — dies die Hauptaufgabe der Tagung — über den der Regierung vorzuschlagenden Entwurf einer Revision des preußischen Judenrechts zu beraten und zu beschließen.

Die sonntägliche Sitzung stand im Zeichen der jetzt aktuellen Bestrebungen, ein friedliches Zusammenarbeiten zwischen den verschiedenen Parteien und Richtungen im deutschen Judentum herbeizuführen. In dieser Sitzung wurde die gesamte Tagesordnung (Wahl des Präsidiums, Tätigkeitsbericht des Rates, Etat für 1927/28, Revision des preußischen Judenrechts) in erster Lesung absolviert und die Hauptaussprache, die durchwegs auf einen versöhnlichen Ton gestimmt war, zu Ende geführt. In den Montagssitzungen wird es wohl bei der zweiten Lesung des Judengesetzes zu grundsätzlichen Auseinandersetzungen kommen. Die Fraktion der Jüdischen Volkspartei hat sich in der unter dem Vorsitz von Dr. Klee unmittelbar vor dem Tagungsbeginn abgehaltenen Sitzung nach einem Referat von Dr. Kollenscher auf die folgenden drei Gesichtspunkte geeinigt: 1. Das aktive und passive Wahlrecht an nichtdeutsche Juden soll für alle Gemeindekörperschaften in der Verfassung verankert werden; 2. Überlokale Personalgemeinden sind auszuschalten; 3. Bei Austritt aus einer Gemeinde sind die Steuern an einen der Richtung des Austretenden entsprechenden Landesverband zu zahlen. Wie sich die liberale Mehrheit zu diesen Vorschlägen stellen wird, läßt sich nicht voraussagen. Auch die anderen Fraktionen haben Verbesserungsanträge zum Judengesetz gestellt, die aber meist formaler Natur sind.

Bei allen Fraktionen besteht der Wille, noch im Verlauf des Montag mit der Durchberatung des Materials und den Abstimmungen fertig zu werden; somit wird die Tagung schon am Montag Abend beendet sein.

Die Eröffnung — Geschäftsbericht und Etat

Die Tagung wurde durch eine religiöse Weiherede des Rabbiners Dr. Weiße eingeleitet und sodann vom Vorsitzenden des Rates, Kammergerichtsrat Leo Wolff, begrüßt, der an die Worte der Weihe und des Friedens des geistlichen Vorredners anknüpfte und feststellte, daß die Versammlung ordnungsmäßig einberufen sei; er erklärte sie für eröffnet.

Den Vorsitz übernahm der stellvertretende Präsident der Landesversammlung, Rechtsanwalt Kollenscher, der darauf hinwies, daß im Mittelpunkt des Interesses dieser Tagung der Entwurf zum Judengesetz stehe. Er sprach den Wunsch aus, daß die Herstellung eines gesetzlichen Zustandes gelingen und Frieden und Eintracht gemehrt werden mögen. Gelinge dieses, so werde die dritte Tagung des Landesverbandes dem Judentum Segen bringen.

Rechtsanwalt Kollenscher hielt nun, während sich alle Anwesenden von den Sitzen erhoben, dem verstorbenen ersten Präsidenten der Landesversammlung, Justizrat Hugo Sonnenfeld, und dem verstorbenen Gemeindevorsteher Jakob Pels (Emden) tiefempfundene Nachrufe.

Das Haus schreitet nunmehr an die Wahl des Präsidenten für die restliche Legislaturperiode des Verbandstages. Auf Vorschlag von J.-R. Baerwald wird Herr Rechtsanwalt Heinrich Stern durch Zuruf zum Präsidenten gewählt, der darauf den Vorsitz übernimmt.

Herr Dr. Ismar Freund ergreift nun das Wort zum Geschäftsbericht des Rates. Er entwirft ein genaues Bild der Lage in den Einzelgemeinden und zeichnet den Aufgabenkreis des Landesverbandes. Die Wirtschaftslage in Deutschland hat sich stabilisiert, der Tiefpunkt der Krisis ist überschritten, aber noch kann man nicht frei sehen. Die Gemeinden sind außerordentlich stark belastet. Der Redner beleuchtete die Verhältnisse in ungefähr 500 Gemeinden und gab als das erstrebenswerte Ziel an, nicht mehr als 10 Prozent der Reichssteuer als Kirchensteuer zu erheben. Er ging dann eingehend auf die Austrittsfrage ein und zeigte an Hand einzelner krasser Fälle auf, wie durch den Austritt einzelner Personen aus der Gemeinde, der Gemeindeetat ins Wanken gerät. Es gibt Gemeinden, die keinen einzelnen Funktionär besolden können. Der Landesverband muß das schaffen, was die Einzelgemeinde nicht zu schaffen vermag. Leider gibt es Gemeinden, die sich an den Prozeß des Absterbens so sehr gewöhnt haben, daß sie sich nicht mehr beleben lassen wollen. Ungefähr 200 meist ganz kleine Gemeinden stehen dem Landesverband fern. Das ist ein Zustand, der nicht geduldet werden kann. Hier müsse man mit Machtmitteln vorgehen. Es

darf keine Gemeinde ohne Religionsunterricht bleiben; darum ist die Schaffung von Lehrer- und Rabbinerbezirken eine Lebensfrage. Der Redner ging dann ausführlich auf die Frage der Staatsbeihilfen ein und wandte sich scharf gegen die Zweiteilung in Versorgungs- und Erziehungsbeihilfen. Er berichtete eingehend über seine Verhandlungen mit den Behörden, über die Widerstände, die seitens des Finanzministeriums entgegengesetzt werden. Über die Neubewilligungen für 1927 wird im Landtag schon am 29. März im Rahmen des Kultusetats abgestimmt werden. Der Redner wies nach, daß die christlichen Kirchengemeinden weit besser gestellt seien, als die jüdischen Gemeinden. Die Beiträge für die christlichen Kirchen, fünf Millionen Mark, machen mehr als 4 Prozent des Etats aus; wir verlangen nur, was uns gemäß unseren Beiträgen zusteht und werden uns nicht abspeisen lassen. (Lebhafter Beifall.) An Hand von Ziffern beleuchtet Dr. Freund die Lage des Landesverbandes, die keineswegs rosig sei, er betonte trotzdem die Notwendigkeit einer Besserstellung der Kultusbeamten durch die Schaffung eines Existenzminimums für sie; es sei nur billig, die Höhe ihrer Besoldung auf die der Staatsanstellung laut Gruppe VII zu bringen. Der Redner schloß mit der Zielgebung: Aufbau der Gemeinden zwecks Erhaltung des Judentums.

Herr Direktor Kareski sprach nun zum Finanzbericht und zur Begründung des Etats. Der Voranschlag für das Rechnungsjahr 1927/28 betrifft:

Ausgaben: Kapitel 1. Verwaltung: M. 95 000; Kapitel 2. Subventionen: 1. Gemeinden: Mark 369 000; 2. Bezirksrabbiner: Bildung von Bezirksrabbinaten M. 50 000; 3. Theologische Bildungsanstalten: M. 150 000; 4. Lehrerbildung: M. 25 000; 5. Institute für die Wissenschaft des Judentums: M. 34 500; 6. Beihilfen für wissenschaftliche Arbeiten: M. 20 000; 7. Sonstiges: M. 27 500; 8. Wohlfahrtspflege: M. 150 000; Kapitel 3. Verwaltungsblatt: M. 6 000; Kapitel 4. Statistisches Jahrbuch: M. 3 000; Kapitel 5. Verbandstag und Rat: M. 30 000; Kapitel 6. Beihilfen für besondere rituelle Zwecke: M. 10 000; Kapitel 7. 1. Bildungsstätten zur Heranbildung von Kantoren und Schächtern: M. 5 000; 2. Heranbildung von Hilfskantoren: M. 10 000; 3. Stipendien an Seminaristen und Präparanden: M. 10 000; Kapitel 8. Unvorhergesehene Ausgaben: M. 25 000; Gesamtsumme der Ausgaben: M. 1 020 000.

Einnahmen: 1. Kassenbestand: M. 105 000; 2. Staatsbeihilfen: M. 254 000; 3. durch Beiträge der Gemeinden aufzubringen: M. 661 000; Gesamtsumme der Einnahmen: M. 1 020 000.

Die allgemeine Aussprache

Nachdem der Vorsitzende den Herren Dr. Freund und Kareski den Dank der Versammlung für ihre Berichte ausgesprochen hatte, begann die allgemeine Aussprache, in der als erster Redner Herr Dr. A. Sandler (Jüdische Volkspartei) das Wort ergriff: Wir sind für Verständigung und Zusammenarbeit, aber Verständigung dürfe nicht Aufgabe von Überzeugung bedeuten, sondern eher Verständnis für die Meinungen und Überzeugungen anderer. Die Liberalen gehen in der Verketzerung des Zionismus und der Zionisten sehr weit, indem sie die Ziele der Zionisten ins Unwirkliche übertreiben. Die Zionisten erstreben in den Gemeindestuben nichts anderes als die Verwirklichung durchaus jüdischer Aufgaben: Jüdische Erziehung, Pflege des Hebräischen, Unterstützung des Palästina-Aufbaues, Erfüllung der religiösen Forderungen aller Richtungen. Wir haben Verständnis für die Forderungen der Konservativen und auch eine Verständigung mit den Liberalen ist möglich. Die Verschiebung der Mehrheitsverhältnisse durch die letzten Wahlen in Berlin, wo ein Drittel aller deutschen Juden konzentriert ist, müsse auch in der Versammlung des Landesverbandes Ausdruck finden. Wir wollen in den Gemeinden, in denen wir uns durchgesetzt haben, nicht herrschen, sondern dem Grundsatz der Parität und der Gerechtigkeit für alle Geltung verschaffen. Wo jüdische Postulate erstrebt werden, sind sie zu erfüllen. Der Redner setzte die positiven Ziele der Jüdischen Volkspartei auseinander und führte aus, es bestehen über die Schulforderungen und die Palästina-Forderungen Vorstellungen, die geradezu wie Ammenmärchen klingen. Wenn der Zionismus eine politische Arbeit voraussetzt, so ist das in der Natur der Sache bedingt, da eine Massenkolonisation ohne politische Sicherungen unmöglich ist. Nie war es den Zionisten eingefallen, Minderheitsforderungen in Deutschland zu erheben. Der zionistische Standpunkt ist mit der Treue zum Staate durchaus vereinbar. Man hat die Persönlichkeiten des Pro-Palästina-Komitees so hingestellt, als wären sie irregeleitete Kinder, die einer Belehrung bedürfen. Es erwies sich aber, daß diese Persönlichkeiten über den Zionismus und sein Verhältnis zum Deutschtum sehr gut Bescheid wußten. In osteuropäischen Ländern sind die Juden eine nationale Minderheit; dies auf deutsche Verhältnisse zu übertragen, wäre Wahnsinn. Der Redner setzte dann das Wesen der Volksgemeinde auseinander, die von der Volkspartei erstrebt wird, und meinte, auch hierüber bestünden auf der andern Seite bizarre Vorstellungen. Er schloß mit dem Bekenntnis, auch er glaube an eine deutsch-jüdische Verständigung, ohne daß Opfer in der Ideologie gefordert werden müßten. Mit Bezug auf das Judengesetz erklärte der Redner, im Namen

der Jüdischen Volkspartei, diese werde eine Verschlechterung gegenüber dem alten Judengesetz von 1847 in keinem Falle zulassen. Das Ziel ist die Gesamtorganisation der deutschen Juden. Nur dem Reichsverband sollte die Behandlung großer Fragen des Judentums vorbehalten bleiben; die Landesverbände hätten sich mit der Erhaltung und Verbesserung der Kleingemeinden, mit innergemeindlichen Angelegenheiten usw. zu befassen. 90 Prozent der deutschen Judenheit sind für einen Reichsverband auf demokratischer Basis. Darum muß der Reichsverband kommen. Wir wollen Frieden und gemeinschaftliche Arbeit, aber auch geistigen Kampf.

Rechtsanwalt Dr. Horowitz (Frankfurt a. M.) (konservativ) stimmt mit den Liberalen überein, daß diese Aussprache nicht zu einer Tendenzdebatte werden möge. Überzeugungen müssen aber zum Ausdruck gebracht werden. Es wird viel verwaltet und wenig gearbeitet. Die wichtigsten Aufgaben sind die Schaffung der Lehrer- und Rabbinerbezirke. In den wichtigsten Fragen müssen wir mit dem Halberstädter Bunde zusammenzugehen versuchen. Auch wir treten für Frieden und für Bekämpfung der Spaltungserscheinungen ein.

Dr. Wertheim (liberal) bedauerte es, daß aus der Aussprache dennoch eine Tendenzdebatte geworden ist. Wir würdigen den erfreulich gemäßigten Ton Dr. Sandlers; hier ist aber nicht der Ort für solche Auseinandersetzungen. Wir Liberalen erblicken nicht unsere Aufgabe darin, dem Zionismus Steine in den Weg zu legen. Leider setzen wir dem Zionismus zuweilen allzuwenig Widerstand entgegen. Was das Gemeindeleben betrifft, so haben sich die Liberalen ihrer Weltanschauung gemäß stets für Parität eingesetzt. Eines nur: die jüdischen Gemeinden müssen Religionsgemeinden bleiben! Es gibt keinen konzentrischen Angriff gegen den Palästina-Aufbau, sondern nur gegen die nationalpolitischen Aspirationen. Wir wünschen die persönliche Achtung vor der Überzeugung des Gegners nicht erst nach dessen Tode (Beifall bei den Liberalen). Das neue Judengesetz möge sich segensreich auswirken.

Rabbiner Dr. Braunschweiger (Oppeln) (religiöse Mittelpartei) führte aus, die Not in den jüdischen Gemeinden ist groß, das Judentum in ihnen stirbt vor unseren Augen. Er appelliert an die allgemeine jüdische Opferwilligkeit und kennzeichnet den Austritt, aus Steuerrücksichten als größtes Verbrechen, als Verbrechen wider den Geist.

Alfred Berger (Poale Zion) wendet sich sozialwissenschaftlichen Fragen zu und stellt fest, daß die antijüdische Boykottbewegung im Steigen begriffen ist; das hat eine ungeahnte Proletarisierung zur Folge. Die jüdischen Handwerker und jüdischen Gemeinden sollten die jüdischen Arbeitslosen bei Anstellungen zuerst berücksichtigen. Wenigstens in praktischen Fragen wird man sich leicht einigen können.

Damit war die allgemeine Aussprache beendet. R.-A. Kollenscher nahm das Wort zu einer persönlichen Bemerkung und erklärt, Wertheims Hinweis auf die frühere Bekämpfung Sonnenfelds habe keine Widersprüche aufgedeckt; er sei bereit, heute ganz genau das zu sagen, was er im November gesagt hat. Wertheim erwiderte, er wollte weder Kollenscher noch einem anderen einen Vorwurf machen. Diese Vorgänge mögen die friedliche Auseinandersetzung nicht behindern.

Aussprache über das Judengesetz

Justizrat Makower referiert nun über das Judengesetz. Er gibt einen geschichtlichen Rückblick über die Judengesetzgebung in Deutschland, skizziert das Werden des vorliegenden Entwurfes und erläutert vom juristischen Standpunkt die einzelnen Bestimmungen.

Die wichtigsten Punkte dieses Gesetzentwurfes sind:

§ 1. Die Synagogengemeinden (Synagogen-, jüdische, Kultus-, israelitische, israelitische Kultusgemeinden) sind Körperschaften des öffentlichen Rechts.

§ 2. Mitglied der Synagogengemeinde ist jeder innerhalb ihres Bezirkes wohnende Jude, der nicht auf Grund des Gesetzes vom 28. Juli 1876 oder auf Grund dieses Gesetzes ausgetreten oder nach Austritt aus der Synagogengemeinde Mitglied einer Personalgemeinde (§ 14) ist.

§ 10. (Austritts-Paragraph.) 1. Jeder Jude darf wegen religiöser Bedenken aus der Synagogengemeinde, der er durch seinen Wohnsitz angehört, austreten. 2. Der Austritt erfolgt durch Erklärung bei dem Amtsgericht des Wohnsitzes. Die Erklärung muß die Versicherung enthalten, daß der Austritt lediglich auf religiösen Bedenken beruht. Sie muß zu Protokoll des Gerichtsschreibers abgegeben oder als Einzelerklärung in öffentlich beglaubigter Form eingereicht werden; Ehegatten, sowie Eltern und Kinder können den Austritt aus derselben Urkunde erklären; bei der Erklärung findet eine Vertretung kraft Vollmacht nicht statt.

§ 12. 1. Die Synagogengemeinden ordnen und verwalten ihre Angelegenheiten innerhalb der gesetzlichen Grenzen selbständig. Sie regeln insbesondere ihre Verfassung einschließlich der gesetzlichen Vertretung. 2. Die Synagogengemeinde muß einen Vorstand und eine von den Mitgliedern zu wählende Vertretung haben; in Synagogengemeinden, die nach der letzten Volkszählung weniger als 150 Seelen umfassen, kann an die Stelle der Vertretung die Versammlung der volljährigen Mitglieder treten. 3. Die Wahlen zur Gemeindevertretung erfolgen in gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl. Auf Antrag von mindestens vierzig stimmberechtigten Gemeindemitgliedern erfolgen die Wahlen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl. 4. Verfassungsbestimmungen, die das Wahlrecht oder die Wählbarkeit zur Gemeindevertretung oder die Zugehörigkeit zur Gemeindeversammlung von einer längeren als zweijährigen Mitgliedschaft in der Gemeinde, von einer steuerlichen Mindestleistung oder von einer bestimmten Staatsangehörigkeit abhängig machen, sind ungültig.

§ 13. Die Synagogengemeinden sind berechtigt, zur Erfüllung ihrer Aufgaben Steuern zu erheben.

Bis zur etwaigen Änderung durch die betreffende Synagogengemeinde bleiben die bisherigen Bestimmungen über die Verpflichtung zur Leistung unberührt.

§ 14. 1. Haben Juden, die ihren Austritt aus einer Synagogengemeinde oder aus verschiedenen Synagogengemeinden wegen religiöser Bedenken erklärt haben, sich behufs dauernder Erfüllung der Aufgaben einer Synagogengemeinde vereinigt und eine Gemeindeverfassung beschlossen, so kann die Staatsregierung nach Anhörung der beteiligten Synagogengemeinden dieser Vereinigung die Rechte einer Synagogengemeinde verleihen, wenn sie durch ihre Verfassung und die Zahl ihrer Mitglieder die Gewähr der Dauer bietet (Personalgemeinde).

II. Staatsaufsicht. § 15. 1. Die Synagogengemeinden sind verpflichtet, der Staatsbehörde ihre Satzung sowie Beschlüsse über Satzungsänderungen einzureichen. 2. Die Staatsbehörde kann innerhalb eines Monats nach der Einreichung gegen eine neue Satzung oder eine Satzungsänderung Einspruch erheben. 3. Der Einspruch ist nur aus dem Grunde zulässig, daß die beschlossene Satzung oder Satzungsänderung a) mit einem Staatsgesetz in Widerspruch steht; b) zu ihrer Durchführung einer staatlichen Mitwirkung bedarf; oder c) Bestimmungen enthält, durch die eine geordnete Vermögensverwaltung oder eine genügende Vertretung der Steuerpflichtigen nicht gewährleistet ist.

III. Gemeindeverbände. § 21. 1. Ein durch Zusammenschluß mehrerer Synagogengemeinden oder anerkannter Synagogengemeinde-Verbände gebildeter Verband (Landesverband) ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Er darf auch außerpreußische jüdische Religionsgemeinden oder Verbände von solchen umfassen. 2. Der vollzogene Zusammenschluß ist der Staatsbehörde anzuzeigen. Der Anzeige sind ein Verzeichnis der Verbandsmitglieder und die Verbandssatzung beizufügen. 3. Die Staatsbehörde kann gegen die Satzung Einspruch erheben; § 15 findet entsprechende Anwendung. 4. Ist die Einspruchsfrist verstrichen oder auf ihre Einhaltung verzichtet, oder ist der Einspruch im Verwaltungsstreitverfahren zurückgewiesen worden, so hat die Staatsbehörde auf Ersuchen des Landesverbandes diesem eine schriftliche Bescheinigung zu erteilen, welche die Eigenschaft des Landesverbandes als Körperschaft des öffentlichen Rechts urkundlich feststellt.

§ 24. 1. Jede Synagogengemeinde muß einem anerkannten Landesverband (§ 21) angehören. 2. Eine Synagogengemeinde, die bei dem Inkrafttreten dieses Gesetzes einem anerkannten Landesverbande nicht angehört, wird mit dem Ablauf von 6 Monaten seit dem Inkrafttreten des Gesetzes Mitglied des Preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden, falls sie nicht vorher die Mitgliedschaft eines anderen anerkannten Landesverbandes erworben und dieser Verband hiervon nicht dem Preußischen Landesverband jüdischer Gemeinden Mitteilung gemacht hat.....

Hierauf erfolgt die Aussprache über das Judengesetz, in der Lilienthal (liberal), Epstein (Jüd. Volkspartei), Hirschberg und Sobernheim (Religiöse Mittelpartei) das Wort ergriffen.

Die Friedenshoffnungen unerfüllt — Wenig Einheitlichkeit bei den Abstimmungen — Erregter Schluß

B e r l i n, 29. März. (JTA.) Die 3. Session des Verbandstages des Preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden, die am Sonntag, dem 27. März, nachmittag, begann, ist am Montag, dem 28. März, nach 9 Uhr abends zu Ende gegangen. Die gehegten Hoffnungen, es werde eine Friedenstagung sein, haben sich nicht ganz erfüllt. Bei den Abstimmungen über die einzelnen Artikel des Judengesetzes ergaben sich wesentliche Unterschiede in den Auffassungen zwischen der liberalen Mehrheit und der starken Minderheit der Volkspartei, der Konservativen und der Religiösen Mittelpartei; so insbesondere in den Fragen des Zwangscharakters des Verbandes, des Austritts, des Frauenwahlrechts und der Gleichstellung der Auslandsjuden. Bei manchen Punkten waren die Votierungen gemischt und nicht nach Fraktionen bestimmt. Zu einer erregten Szene kam es unmittelbar vor Schluß der Tagung, als über einen liberalen Antrag zum Etat, die Position von 3000 Mark für die Arbeiterkulturvereine zu streichen, abgestimmt wurde. Die Position wurde mit einer Stimme Mehrheit doch angenommen, da zwei Liberale und der Vorsitzende Stern für dieselbe stimmten. Dr. Klee warf von der Rats-Estrade aus den Liberalen Arbeiterfeindlichkeit vor, die Liberalen antworteten mit scharfen Gegenzurufen. Insbesondere spitzte sich die Kontroverse zwischen Dr. Klee und Dr. John Wertheim zu. Der Zwischenfall wurde schließlich durch eine Reihe persönlicher Erklärungen beendet.

Aussprache über Zwangsverband, Austrittsfrage und Frauenwahlrecht

M o n t a g, 10,15 Uhr, eröffnet Präsident Heinrich Stern die Sitzung, das Haus geht sofort in die Spezialberatung des Judengesetzes ein. Die §§ 1 bis 9 wurden mit kleinen redaktionellen Änderungen meist einstimmig angenommen. Bei § 10 (Austrittsfrage) entspinnt sich eine eingehende Debatte. Bei den Abstimmungen wurde § 10 mit der Formel angenommen, daß der Austritt nur aus „religiösen Bedenken“ zulässig sei. Auch § 11 wird bei Ablehnung eines Antrags der Volkspartei, dem Austretenden noch längere Zeit Lasten aufzuerlegen mit 47 gegen 40 Stimmen angenommen. Über § 12 (Wahlrecht der Frauen und Ausländer) entspinnt sich eine lebhafte Debatte.

Zu der Montag-Nachmittagssitzung werden nach Verweisung der § 12 und 14 an eine Kommission, die § 13, 15 bis 23 einstimmig (§ 22 mit geringen Änderungen) angenommen; § 24, der vorschreibt, daß jede Gemeinde einem anerkannten Verbande angehören müsse, wird mit 40 Stimmen der Liberalen gegen 31 Stimmen der Volkspartei, der Konservativen und der Mittelpartei a b g e l e h n t. Die § 25 bis 28 werden angenommen, ein Antrag der Volkspartei auf Umbenennung des Gesetzes abgelehnt.

Die Schlußsitzung

Präsident Stern eröffnet nach einer Pause 6,50 Uhr. § 12 Abs. 1 und 2 werden angenommen. Der Antrag der Konservativen, den Abs. 3 (Proporzzwang) ganz zu streichen, wird abgelehnt. Beschlossen wird Zwangsproporz, wenn 10 Prozent, mindestens aber 20 Gemeindemitglieder das gleiche Proporzwahlrecht wollen.

Frauenwahlrechtszwang für die Gemeinden abgelehnt

Mit den Stimmen eines Teiles der Liberalen, der Volkspartei, der Konservativen und der Mittelpartei (60 gegen 32) wird beschlossen, daß die Autonomie der Gemeinden in jedem Falle gewahrt bleiben soll.

Karenzzeit zwei Jahre

Gemäß der Rechtsvorlage werden zwei Jahre als Karenzzeit beschlossen. — § 12 Abs. 4 (gegen die Wahl von Ostjuden in den Vorstand) wird mit 56 gegen 40 Stimmen angenommen. § 12 als ganzer wird gegen die Volkspartei angenommen.

Vor der Gesamtabstimmung

Dr. Kollenscher (V.P.): Viele Jahre haben wir mitgearbeitet. Wir haben alle nur möglichen Konzessionen gemacht. Diesen Entwurf aber können wir nicht verantworten. 1. § 12 hält die Benachteiligung jüdischer Brüder aufrecht. 2. Die Regelung der Austrittsfrage ist unzulänglich. 3. Die Aufhebung des Zwangscharakters des Verbandes ist für uns unannehmbar. Wir werden daher das Gesetz nicht nur ablehnen, sondern unseren Widerspruch auch an anderen Stellen zur Geltung bringen. (Lebhafter Beifall bei der Volkspartei.)

Dr. Breslauer (Lib.): Eine Entrechtung der Ausländer haben wir nie beschlossen. Gegen die Regelung des Frauenwahlrechts haben wir stärkste Bedenken. Der Einheit wegen haben wir zugestimmt. Unser prinzipieller Standpunkt bleibt gewahrt.

Dr. Horovitz (Kons.): Wegen Benachteiligung der Ausländer werden einige Konservative gegen den Entwurf stimmen. Auch die Regelung der Austrittsfrage beklagen wir.

Makower (Rat) beklagt Kollenschers Ankündigung, den Widerstand nach außen zu tragen.

Der Gesamtentwurf wird mit 61 gegen 33 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

Verständigung mit Halberstadt

Auf Antrag von Dr. Isi Kahn wird beschlossen, sich vor der Überreichung des Entwurfs an die Behörde mit dem Bund traditionell gesetzestreuer jüdischer Gemeinden ins Benehmen zu setzen.

Annahme des Etats

Fischer (Barmen) erstattet das Referat über den Etat und begründet jede einzelne Position. Er behandelt auch die Frage der Mitbeteiligung des Halberstädter Bundes an den Leistungen. Kareski (Rat) macht Ergänzungen und Ausstellungen. Berger (Poale Zion) protestiert gegen die Benachteiligung der Arbeiterkultur- und Sportvereine.

Die Vorlage wird in der Fassung der Kommission (in der Hauptsache im gestrigen JTA-Dienst mitgeteilt) angenommen. Die Subvention an die Arbeiterkulturvereine wird wieder hergestellt. Dabei kommt es zu den eingangs erwähnten Szenen.

Schluß der Tagung

Vorsitzender Heinrich Stern erhebt sich zum Schlußwort: Trotz aller Differenzen haben wir viel Positives geleistet. Erhaltung der Kleingemeinden, Förderung des jüdischen Lebens und jüdischen Wissens haben wir beschlossen und hoffen, daß dies dem Judentum zum Segen gereichen wird.

Rechtsanwalt Horovitz spricht im Namen aller Fraktionen dem neugewählten Präsidenten der Landesversammlung Heinrich Stern den Dank für die kluge und unparteiische Leitung der Geschäfte aus. Der Vorsitzende bezieht diesen Dank auch auf die Vizepräsidenten und das Büro und erklärt um 9,20 Uhr die 3. Session des Verbandstages des Landesverbandes der jüdischen Gemeinden Preußens für geschlossen.

Neue Judenbedrückungen in Rumänien

Ein Eisenbahn-Pogrom auf der Strecke Jassy-Belce

Bukarest, 24. März. (JTA.) Die Tageszeitung „Adeverul" meldet:

Dem Ministerpräsidenten, dem Minister des Innern, dem Oberkommissar für Beßarabien General Rischcanu und dem Generalstaatsanwalt von Jassy ging die folgende Klage zu: „Wir unterzeichneten Einwohner und Bürger der Stadt Belce haben die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß in der Nacht vom 16. zum 17. März 1927 die jüdischen Passagiere, Bürger der Stadt Belce, die sich im Zuge Jassy-Belce befanden, grausam von Individuen, die sich Cuzisten nennen, gemartert worden sind. Man hat den jüdischen Passagieren die Köpfe eingeschlagen und die Schwerblutenden aus den Coupés und den Gängen hinausgeworfen. Man schonte weder Greise, noch Frauen und Kinder. Alle wurden mörderisch geschlagen und zwischen den Stationen Skumpia und Paleschti aus dem fahrenden Zuge geschleudert. Das Zugspersonal verhielt sich nicht allein passiv, sondern nahm an den Mißhandlungen teil. Die gesamte Bevölkerung der Stadt Belce lebt in Panik. Sie beruft sich auf die Gesetze des Landes und die Erklärungen der Regierung und fordert, daß Maßnahmen ergriffen werden, daß der Bürger Leben und Eigentum geschützt werde." Unterzeichnet sind 15 angesehene Bürger der Stadt.

„Adeverul" fügt hinzu: Diese „ruhmreichen Taten" wurden von Studenten unter Führung des bekannten Huligans Zurcanu (Held von Ungheni und Pirliz) vollbracht. Es wundert uns nicht, daß das Zugspersonal mithalf; hat doch die Behörde von Jassy die Huligans protegiert. Gleichzeitig hält Herr Goga im Parlament Toleranzreden mit Bezug auf die Minderheiten.

Czernowitz, 25. März. (JTA.) In Czernowitz eingetroffene Reisende geben haarsträubende Einzelheiten über den Eisenbahn-Pogrom bei Belce wieder; die Exzesse hatten einen unerhört grausamen Charakter. Die jüdischen Reisenden, auch Greise, Frauen und Kinder wurden von den Cuzisten mit Knitteln und nägelbeschlagenen Stöcken schwer mißhandelt, viele bluteten. Einige wurden von einer Eisenbahnbrücke in die Schlucht hinuntergestoßen. Die Ärzte, die den Mißhandelten Notverbände anlegten, waren über diese barbarischen Roheitsakte empört und erschüttert. — Die Beschwerdeschrift der Bürger von Belce trug 85 Unterschriften.

Judenmißhandlungen in der Hauptstadt

Bukarest, 23. März. (JTA.) „Dimineatza" teilt mit: Eine Gruppe Studenten, die im Restaurant „Karpazi" gekneipt hat, veranstaltete spät nachts einen antisemitischen Exzeß, überfiel eine Gruppe jüdischer Passanten und schlug auf sie ein, so daß mehrere bluteten. Die Poli-

zei nahm einige Studenten fest, entließ sie aber nach Aufnahme der Personalien sofort.

Oberst Ament in Kischinew

Kischinew, 21. M.rz. (JTA.) Dieser Tage weilte in Kischinew der bekannte amerikanische Oberst Ament, um die Lage der Minderheiten, insbesondere der Juden, in Beßarabien zu studieren. In jüdischen Kreisen verdenkt man es dem Gaste, daß er, statt sich mit den jüdischen Repräsentanten in Verbindung zu setzen, während der Sitzung des Stadtrates im Saale erschienen war, und in aller Öffentlichkeit sehr delikate Fragen an die jüdischen Stadtratsmitglieder richtete. Der anwesende Rabbiner Zirelson hatte den Mut, zu erklären, er wolle die nötigen Informationen erteilen, jedoch nicht öffentlich, sondern unter vier Augen. Die christlichen Stadtratsmitglieder gerieten über diese Antwort in Aufregung. Sie übten auf ein anwesendes neutrales jüdisches Stadtratmitglied einen Druck aus, Antworten im Sinne des Fragestellers abzugeben. Die Kischinewer jüdische Bevölkerung zollt Rabbiner Zirelson für sein Verhalten höchste Anerkennung.

Intervention jüdischer Parlamentarier beim Innenminister

Bukarest, 24. März. (JTA.) Deputierter Dr. Ebner und Senator Klüger intervenierten beim Innenminister Goga in Angelegenheit der letzten Exzesse in Oradea Mare (Groß-Wardein), Jassy und anderen Orten. Die Parlamentarier verwiesen darauf, daß sich die Ausschreitungen trotz der Zusicherung des Ministerpräsidenten, die Ruhe und Ordnung herzustellen, wiederholen. Die Parlamentarier erklärten, sie wählen vorerst den Weg einer direkten Aussprache, weil sie sich von derselben einen rascheren und sichereren Erfolg versprechen, als von Interpellationen im Parlament. Sie forderten vom Innenminister die strengsten Maßnahmen gegen Aufreizung und Verhetzung und exemplarische Bestrafung der Exzedenten und Hetzer. Die Parlamentarier verlangten, daß Vorkehrungen getroffen werden, damit Exzesse auf Eisenbahnen nicht mehr vorkommen.

Innenminister Goga dankte den intervenierenden Parlamentariern für die Aussprache, die eine Stunde währte, und sagte, er sei bestrebt, die Ruhe und Ordnung herzustellen. Er werde die nötigen Maßnahmen ergreifen und den zuständigen Organen strenge Weisungen erteilen.

Aus der jüdischen Welt

Tagung des Hechaluz

Die 5. Landeskonferenz des deutschen Hechaluz hat vom 12.—14. März in Berlin stattgefunden.

Sie wurde nach einer kurzen Begrüßung durch Dr. Ascher, der auf die besonders schwere Situation der gegenwärtigen Arbeit hinwies, mit einem Generalbericht des Merkas, erstattet von Chaver Böhm, eingeleitet. Der Bericht umfaßte alle Teile der geleisteten Arbeit, sowohl die berufliche wie die geistige Ausbildung, die Palästinaeinwanderung, organisatorische Fragen, die politischen Beziehungen zu andern Organisationen sowie die Lage der Finanzen. An das Referat schloß sich eine lange Generaldebatte an, in der die Arbeit des vergangenen Jahres lebhaft kritisiert und angegriffen wurde.

Der folgende Tag brachte zwei prinzipielle Referate mit dem Thema: „Die Problematik des deutschen Hechaluz", gehalten von Dr. Lubinski und Perlmutter. Es wurden insbesondere die inneren Fragen der Organisation und des Nachwuchses behandelt. An die Referate schlossen sich ausführliche Aussprachen an. Der Abend brachte 2 längere Ansprachen von Gästen, nämlich eine Gedenkrede anläßlich des 11. Adar, des Tages von Tel Chaj, gehalten von Herrn Berle Locker, sowie ferner eine Rede von Dr. Chajim Arlosoroff, die die Lage des deutschen Hechaluz in ihrem Verhältnis zur Arbeiterschaft behandelte.

Am nächsten Tage wurde das Referat von Herrn Dobkin vom Merkas Haraschi des Welt-Hechaluz gehalten, das die Lage der gesamten Chaluzbewegung außerhalb Deutschlands zum Inhalt hatte. Sodann erfolgte ein Referat von Dr. Epstein über „Landwirtschaftliche Ausbildung" deutscher Chaluzim, an das sich eine bewegte Diskussion anschloß. Es folgten die Abstimmungen über die Resolutionen sowie die Wahl des neuen Merkas.

Ende des Prozesses Max Warburg gegen Theodor Fritzsch

Ilsenburg, 24. März. (JTA.) Nach siebenstündiger Verhandlung hat das Hanseatische Oberlandesgericht die von dem Angeklagten Theodor Fritzsch gegen das Urteil des Landgerichtes vom 22. Oktober eingelegte Revision verworfen und damit dieses Urteil, das bekanntlich für Fritzsch wegen Beleidigung Max Warburgs eine Gefängnisstrafe von vier Monaten und eine Geldstrafe von 1000 Mark verhängt hatte, bestätigt.

Damit hat auch das Urteil Rechtskraft erlangt.

500 Zertifikate für Arbeiterimmigranten

Jerusalem, 25. März (JTA.) Die Palästinaregierung hat 500 Einreisezertifikate für Arbeiter-Einwanderer für die Zeit April—September 1927 bewilligt. Die Zertifikate gelten für 250 Männer und 250 Frauen.

Die neue Palästina-Währung — Demnächst Ausgabe der Noten und Münzen

Jerusalem, 25. März. (JTA.) Eine dieser Tage herausgegebene offizielle Mitteilung besagt, daß die Münzen und Noten der neuen Palästina-Währung im Verlauf des zweiten Halbjahrs 1927 zur Ausgabe gelangen werden. Die Münzen werden aus Silber, Nickel und Bronze hergestellt. Goldmünzen werden vorderhand nicht geprägt. Die Prägung der Münze wird einen Olivenschößling oder eine Guirlande zeigen, je nachdem die Münze ungelocht oder gelocht ist. Die Inschriften werden in englisch, arabisch und hebräisch gehalten sein. Die Noten werden neben den bildlichen und dekorativen Zeichnungen die Worte tragen: „Palestine Currency Board", „Palestine Founds" und „Currency notes are legal tender for the payment of any amount"; ferner die entsprechenden Worte in arabisch und hebräisch. Auf der Rückseite wird der Wert der Noten in Zahlen wie in Worten in den drei Sprachen des Landes angegeben sein.

Eine Zeitlang wird die ägyptische Währung noch als gesetzliches Zahlungsmittel gelten. Die Ausschaltung dieser Währung wird dann durch eine Proklamation verkündet werden.

Die jüdischen Kandidaten für den Jerusalemer Stadtrat

Jerusalem, 23. März. (JTA.) Im Gegensatz zu der Judenschaft Jerusalems, die sich aus Anlaß

der Munizipalwahlen zu einem einheitlichen Block vereinigt haben, ist die arabische Wählerschaft in drei einander bekämpfende Parteien gespalten. Drei arabische Kandidatenlisten wurden vorgeschlagen: Eine von der Partei des bisherigen Bürgermeisters von Jerusalem, Ragheb Bey Nashashibi, die eine Zusammenarbeit mit den Juden anstrebt; eine von Mussa Kiazim Pascha Husseini im Namen der von der Husseini-Familie geführten palästinisch-arabischen Exekutive und eine von einer unabhängigen arabischen Gruppe.

Die Vereinigte jüdische Liste weist die folgenden vier Stadtverordnetenkandidaten auf: Den Arbeiterführer Ben Zwi, den bisherigen Stadtrat Chaim Salomon, den sephardischen Juden Izchak Eliaschers und den sephardischen Agudisten Eliahu Schamaa.

Die landwirtschaftlichen Siedlungen des Keren Hajessod in Palästina

In diesem Jahre haben 8 landwirtschaftliche Siedlungen des Keren Hajessod in Palästina ihr volles Budget vom Keren Hajessod ausgezahlt erhalten, so daß sie nun wohl ohne weitere Kredite des Keren Hajessod werden auskommen können. Diese 8 Siedlungen umfassen die 3 Moschawe Owdim Nahalal, Kfar Jecheskel und Ben Schemen und die 5 Kwuzoth Gewa, Daganiah A., Daganiah B., Merchawiah und Gan Schmuel. Von diesen 8 Siedlungen gehen 3 in die Vorkriegszeit zurück, während 5 erst nach dem Kriege mit Hilfe des Keren Hajessod geschaffen worden sind. Auch eine neunte Siedlung ist in diesem Jahre so weit gebracht worden, daß sie sich von nun an selbst erhalten soll, und zwar Balfouria, die auf dem Boden der American Zion Commonwealth und mit deren Mitteln gegründet wurde, die aber ebenfalls beträchtliche Kredite vom Keren Hajessod bekommen hat. Die Lage der erwähnten 8 Siedlungen gilt als zufriedenstellend. In Nahalal, Kfar Jecheskel und Ben Schemen haben die Siedler während des letzten Jahres Überschüsse erzielt, die sie zum Ausbau ihrer Wirtschaft verwendet haben. Auch 4 von den 5 Kwuzoth konnten im letzten Jahre einen Überschuß erzielen; ein Defizit hatte nur Daganiah B., Gan Schmuel erzielte seinen Überschuß aus seinem Orangenhain und seiner Bienenzucht, während die Haupteinnahmequelle von Gewa die Getreidewirtschaft und von Daganiah A. die Milchwirtschaft waren, die im letzten Jahre einen Reingewinn von LE. 350 abgeworfen hat.

19 weitere Siedlungen sollen nach Ablauf der nächsten zwei Jahre sich selbst erhalten können, wozu auch weitere 10 Mittelstandsgruppen kommen, und zwar: Magdiel, Bne Brak, Sefardim in Beer Jacob, Kfar Saba, Kfar Uriah, Kfar Aron, Söhne alter Kolonisten in Nes Zionah, Beer Tobiah, Chederah und Rechoboth, für die ebenfalls der Keren Hajessod einen Teil des Budgets deckt. Hierzu gesellen sich weiter noch Kredite des Keren Hajessod an die Jemenitensiedlungen in der Nähe der alten Kolonien. In Herzliah hat der Keren Hajessod 25 Siedlern aus der Gruppe der Bne Benjamin ein Darlehen von LE. 1250 gewährt.

Luigi Luzzatti gestorben

Rom, 29. März. (JTA.) Kurz nach Vollendung des 86. Lebensjahres ist heute hier der große italienische Staatsmann und treue Jude, der frühere Ministerpräsident, Luigi Luzzatti, gestorben.

Ehrenbankett für Dr. Weizmann und Louis Marshall in Newyork

Neuyork, 23. März. (JTA.) Aus Anlaß der bevorstehenden Abreise des Präsidenten der Zionistischen Weltorganisation, Dr. Chaim Weizmann, aus Amerika, veranstaltete ein gemeinschaftliches Komitee von Zionisten und Nichtzionisten gestern Abend ein Ehrenbankett für Dr. Weizmann und den Führer der nichtzionistischen Palästinafreunde, Louis Marshall den Präsidenten des American Jewish Committee.

Die Veranstaltung nahm einen enthusiastischen Verlauf; mehr als 700 prominente amerikanische Juden waren anwesend.

Dr. Weizmann, stürmisch akklamiert, führt aus: Zionisten und Nichtzionisten haben sich jetzt zu der gemeinsamen Aufgabe verbunden, die palästinische Kolonisation in einer Weise zu stützen, daß ein Enderfolg verbürgt ist. Die sofortige Aufgabe ist aber die: es muß genügend Kapital aufgebracht werden, um die augenblicklich in Palästina herrschende wirtschaftliche Krisis zu beheben und den Weg für den weiteren Aufbau frei zu machen. Es muß der neuen Entwicklung vorgebahnt werden.

Nach Schluß der Ansprache wurde Dr. Weizmann wieder eine langanhaltende Ovation bereitet.

Nunmehr erhob sich Louis Marshall, ebenfalls stürmisch begrüßt, zu einer längeren Ansprache, in der er vor allem eingehend die Aufgaben der nach Palästina zu entsendenden Sachverständigenkommission skizzierte und zum Schluß sagte, man brauche in bezug auf den Bericht, den diese Kommission nach ihrer Rückkehr zu erstatten haben wird, keinerlei Angst zu haben. Die Kommission wird nur die Wege zu zeichnen haben, auf denen sich der Aufbau am besten und am schnellsten wird vollziehen können. Sicherlich werden alle Juden sich vereinigen, um den Aufbau Palästinas zu stützen, da das Problem Palästinas das Problem der gesamten Judenheit ist. Palästina kann nicht länger nur allein von Träumen und von Redensarten leben. Die jüdische Bevölkerung Palästinas muß Brot haben und Palästina muß für neue jüdische Massen vorbereitet werden.

In gehobener Stimmung gingen die Teilnehmer auseinander.

Dr. Weizmann wird wahrscheinlich am 1. April in London sein.

Feuilleton

Der Schutzmann Sapogow

Von Arkadij Awertschenko (Schluß)

(Aus dem Russischen übersetzt von Simeon Silbermann)

Sapogow stand vor der lithographischen Anstalt des David Szepelewitsch und seine Augen musterten verdächtig die seltsamen Bretter und Platten, die in allen Ecken und Enden durcheinander umherlagen, —

„Guten Morgen," begrüßte der Szepelewitsch höflich. „Wie ist das werte Empfinden?"

„Wie immer. Und du, bist ein Handwerker? Was für Handwerk betreibst du?"

„Ich bin Lithograph. Ich mache verschiedene Karten, Visitkarten, Verlobungskarten, Hochzeitskarten, Einladungen, auch Totenzettel..."

„Du sollst es mir beweisen!" sagte Sapogow mißtrauisch, „so ein Ukas ist herausgekommen!"

„Aber, mit dem größten Vergnügen! Ich werde sofort an Ort und Stelle die Visitkarte des gnädigen Herrn abdrucken. Wie ist Ihr werter Name? Pawel Maksimowitsch Sapogow? Einen Moment! Ich werde es gleich auf die Platte hinschreiben...."

„Wohin gehst du denn?" beunruhigte sich Sapogow. „Nein, Bruderherz, du mußt es hier in meiner Anwesenheit aufschreiben!"

„Selbstredend, in Ihrer Anwesenheit! Auf jene Platte dort!"

Der Lithograph beugte sich über die Platte und Sapogow sah ihm über die Schulter zu.

„Wie schreibst du denn? Ist es denn so richtig? Ha?"

„Auf der Platte schreibe ich von rechts nach links, und auf der Visitkarte wird es schon richtig herauskommen."

Sapogow schöpfte tief Atem und legte seine Hand auf den Arm des Lithographen.

„Nein, so ist es nicht nötig. Ich will es nicht! Du, Bruderherz, sollst nicht schwindeln. Schreibe nach Christenart!"

„Ich habe doch bereits gesagt, daß es nach Christenart sein wird. Aber, um das zu erreichen, muß man eben verkehrt schreiben."

Sapogow lachte auf.

„Man muß? So...? Nein, Bruderherz, man muß nicht! Schreibe regelrecht, von links nach rechts!"

„O wehe! Was sagt der Herr? Der Abdruck wird doch in diesem Falle verkehrt sein!"

„Schreibe, wie es sich gehört!" befahl Sapogow streng. „Du sollst mich nicht zum Narren halten!"

Der Lithograph zuckte die Achsel und beugte sich über die Platte...

Nach zehn Minuten hielt Sapogow eine Visitkarte in der Hand und die Augenbrauen verdüsternd, las er:

„Wopogas Schtiwomiskam Lewap..."

Eine schwere Last lag ihm am Herzen.

„S—o—o? Und das soll ich sein? Jetzt verstehen wir! Jawohl, dazu seid ihr Juden immer fähig! Ein schöner Handwerker bist du! Ich werde dich aufschreiben. Morgen früh wirst du ausgewiesen. In vierundzwanzig Stunden . . ."

Als Sapogow sich entfernte, verfinsterte sich sein treuherziges Gesicht. Ein Schmerz unverdienter Beleidigung war auf seinem Gesicht zu lesen.

„Wogopas," dachte schwer atmend der Schutzmann. „Wogopas Schtiwomiskam Lewap...!"

— — — — — — — — — —

Der alte Leiba Buckus saß in einer Gartenlaube und verdiente sein Auskommen in der Weise, indem er eine sonderbare Erfindung ausbeutete, die bei allen Straßenpassanten Verwunderung hervorrief ... Es war dies ein wunderlicher Apparat mit zwei Öffnungen; in eine warf man ein Fünfkopekenstück hinein und von der anderen fiel ein Stück Schokolade, in farbiges Papier gewickelt, heraus. Viele Buben wußten ganz genau, daß man so eine Schokolade im erstbesten Laden, ohne irgendwelchen Apparat kaufen kann, aber dieser Apparat lockte ihre forschenden Gemüter ...

Sapogow näherte sich dem alten Leiba und fragte lakonisch:

„Hör mal, du! Du bist Handwerker, was machst du eigentlich?"

Der Alte hob seine geröteten Augen zum Schutzmann und erwiderte gleichgültig:

„Ich mache Schokolade."

„Wie machst du denn diese?" fragte Sapogow, mißtrauisch den wunderlichen Apparat musternd.

„Was heißt wie? So...! Hier wirft man fünf Kopeken hinein und dort fliegt die Schokolade heraus!"

„Aber, du lügst ja!" sagte Sapogow. „Das kann nicht sein!"

„Warum kann es nicht sein? Es kann! Sie werden gleich sehen. So..."

Der Alte zog aus der Tasche ein Geldstück und warf es in die Öffnung. Als von der zweiten Öffnung ein Stück Schokolade herausflog, krümmte sich Sapogow vor Lachen und rief entzückt:

„Aber, wie ist es denn möglich? Ach, du lieber Gott! Wie geht es denn, Alter?“

Sein verwunderter Blick haftete am Apparat wie festgebannt.

„Das ist so eine Maschine,“ sagte der Alte achselzuckend, „sehen Sie es denn nicht?“

„Eine Maschine, das stimmt wohl, hm... eine Maschine,“ erwiderte Sapogow. „Aber wie entsteht die Schokolade? Das Geld ist doch aus Kupfer, hart, während die Schokolade süß und weich ist! Wie kann aus dem harten Gelde ein so schmackhafter Gegenstand durch diese Öffnung herauskommen?“

Der Jude betrachtete mit seinen geröteten Augen den Schutzmann und senkte langsam die Augenbrauen.

„Elektrizität und Säure. Die Säure verdünnen, die Elektrizität verwandelt es, dann befördert es die Spiralfeder nach außen.“

„Na, na, na,“ nickte Sapogow mit dem Kopfe. „Was die Leute alles ausdenken! Du sollst nur weitermachen, Alter. Das ist ein gutes Handwerk. Arbeite für deine Gesundheit!“

„Das tue ich auch!“ sagte der Alte gleichgültig. „Arbeite, Alter. Dies da, Bruderherz, ist eine Kunst. Nicht einem jeden ist es gegeben! Lebe wohl, Alter. Cha—cha—cha!“

Was aber der Schutzmann nach diesen Worten tat, kann man sich nur durch seine Verwunderung und durch seine Ehrfurcht vor den Naturgeheimnissen und der Tiefe der menschlichen Wissenschaft erklären: er reichte dem Alten mit einer freundlichen Bewegung . . . die Hand.

— — — — — — — — — — —

Nächsten Tages verließen Szepelewitsch und Goldin mit dem ersten abgehenden Dampfer die Stadt.

In Erfüllung seiner Dienstpflicht kam Sapogow hin, um sie zu begleiten.

„Für euch, niedrige Menschen, habe ich kein Herz,“ sagte er, treuherzig den Kopf schüttelnd. „Es gibt nur einen anständigen Juden, der ohne Betrug lebt, und es gibt eine andere Sorte Juden, und zwar eine betrügerische. Wenn du, Bruderherz, ehrlich arbeitest, mit Schokolade oder was anderem, werde ich dich in Ruhe lassen! Jawohl! Aber wenn — Wogopas Schtiwomiskam Lewap... nun was sollte ich denn machen?“

Gemeinden-u. Vereins-Echo

München, Zionistische Ortsgruppe. Mittwoch, den 23. März, fand im Bibliotheksaal der israelitischen Kultusgemeinde ein Lichtbildervortrag von Herrn Jakob Reich über „Die Grundlagen der Palästinasiedlung“ statt. Nach einer Skizzierung der gegenwärtigen Lage des Zionismus kam der Redner kurz auf die Grundlagen der zionistischen Ideologie zu sprechen, die in der bestehenden Not des Judentums ihre Wurzeln hat und auf die Notwendigkeit einer Neubelebung unserer Arbeit. Diese Neubelebung, die hier einsetzen muß, wird in Palästina zur Auswirkung kommen und rückwirkend die Situation des Zionismus günstig beeinflussen. Als neben dem Keren Hajessod wichtigste Mittel unserer Aufbauarbeit in Palästina muß der Keren Kajemeth angesehen werden, dessen Gedanke, den Boden als Eigentum der Gesamtheit des jüdischen Volkes zu erwerben, auch zugleich ein Mittel zur Bodenreform und einen sozialen Ausgleich darstellt. Die einzelnen Tätigkeitsgebiete des Keren Kejemeth wurden an Hand der Lichtbilder vorgeführt. Der Vortrag wurde von der Zuhörerschaft mit großem Interesse verfolgt.

Lehrkurse der Israelitischen Kultusgemeinde. Dienstag, den 5. April 1927, abends 8 Uhr, im Saal der Gemeindekollegien. Dr. W. Mayer (Nürnberg): Die Juden im mittelalterlichen Spanien. 5. und letzter Abend: Das Ende der Juden in Spanien.

Jüdischer Jugendverein, München. Donnerstag, 7. April, abends 8.30 Uhr, im Saale der „Concordia“, Prannerstraße 4, Rechtsanwalt Dr. E. Schmidt: Jugend und Politik. Gäste willkommen.

Landesverband der jüdischen Jugendvereine Bayerns. Sonntag, 27. März, fand in Nürnberg eine Tagung der neutralen jüdischen Jugendvereine Bayerns zwecks Neugründung des Landesverbandes statt. Es waren Jugendvertreter aus Bamberg, Bayreuth, München, Nürnberg, Regensburg, Würzburg u. a. anwesend. Die Gründung wurde einstimmig beschlossen und zum 1. Vorsitzenden Herr Rabbiner Dr. Rülf (Bamberg) ernannt, dessen hochinteressanter Vortrag: „Die Jugendlichkeit im Judentum“ den Abschluß der Tagung bildete. Der Landesverband ist dem Verbande der jüdischen Jugendvereine Deutschlands, Sitz Düsseldorf, angeschlossen.

Jüdischer Gesangverein, München. Durch einen Trauerfall fällt der für Samstag, den 2. April, angesetzte gemütliche Abend aus.

Poale-Zion Ortsgruppe München. Samstag, den 2. April, abends 8.15 Uhr, pünktlich im C.-V.-Zimmer, Herzog-Max-Straße 5, spricht Chawer Fritz Weißbart über seine Eindrücke aus Palästina. Gäste willkommen.

J.J.W.B. München. Samstag, den 2. April 1927: 3.30 Uhr kleine Mädel, 5 Uhr mittlere Jungen, 8.15 Uhr Älterenschaft (siehe Poale-Zion).

Bar-Kochba München. Tennis-Abteilung. Für die diesjährige Saison ist es uns gelungen, einen Platz am Tivoli für unsere Abteilung zu gewinnen. Wir fordern hiermit sämtliche Mitglieder und Interessenten auf, bis spätestens Freitag, den 8. April, ihre Meldung abzugeben. Auskunft erteilt Frl. Ida Orljansky, Rosental 9, Tel. 54561, an welche auch die Meldungen zu richten sind.

Die Leitung.

Bar-Kochba München. Turnplan: Damen Abt. I Montag von 7—8 Uhr, Abt. II anschließend von 8 bis 9 Uhr; Mädchen am selben Tage von 6—7 Uhr; sämtliche unter Leitung von Frl. Armbruster. Die Knaben turnen Dienstag von 6 bis halb 8 Uhr unter der Leitung von Herrn Gidalewitsch. Die Herren üben von halb 8—9 Uhr unter der Leitung von Hermann Renkazschok. Da der Besuch der Turnabende in letzter Zeit sehr viel zu wünschen übrig ließ, fordern wir sämtliche Aktive auf, nunmehr pünktlich und regelmäßig zu kommen. Die Leitung.

Nürnberg. Die Israelitische Kultusgemeinde, hier, hat ab 1. April eine Lesehalle im Gemeindehaus, Neue Gasse 12, 2. Stock links, eingerichtet, die täglich von 8 Uhr bis 10 Uhr abends für das jüdische Publikum geöffnet ist. Es liegen Zeitungen aller Parteien und Richtungen auf, so daß Gelegenheit geboten ist, sich über alle Vorgänge in der jüdischen Gemeinschaft entsprechend zu orientieren. Wir empfehlen unseren Gesinnungsgenossen die Lesehalle fleißig zu benutzen.

Fürther Zionistische Jugendgruppe. Sonntag, den 3. April, Fahrt. Treffpunkt 9 Uhr an der Gasbetriebsgesellschaft. 9½ Uhr Abmarsch nach Zirndorf-Kadolsburg.

Montag, den 11. April, spricht Herr Sigmund Hamburger über „Dogmatischer und undogmatischer Sozialismus".

Donnerstag, den 14. April, beginnt der Jüdische Geschichtskursus von Dr. Bamberger. Der Kurs findet in Abständen von 14 Tagen statt. Ort und Zeit wird noch bekanntgegeben.

Montag, den 25. April, spricht Herr Fritz Fraenkel über „Der deutsche Zionismus vor der Entscheidung".

Münchener Spendenausweis Nr. 19
vom 23.—29. März 1927.

Allgemeine Spenden. Fam. A. Gidalewitsch grat. herzl. Fam. Dr. A. Feuchtwanger zur Verlobung i. Sohnes, desgl. zur Vermählung Landmann-Friedmann, Verlobung Gostinski-Tockus, Bar-Mizwah Dr. E. Straus und B. Goldfarb 5.—; Rachmiel Katz wünscht brachoth maalifoth Familie Dr. Feuchtwanger zur Verlobung 3.—; Norbert Sturm u. Frau grat. zur Vermählung Dr. Stiefelzieher, Verlobung Leo Satonower und Hochzeit Nassilewitsch 3.—; Jakob Fränkel grat. Familie Dr. Alfred Klee (Berlin) zur Vermählung ihrer Tochter 2.— = 13.—.

Spendenbuch. Herr u. Frau Justizrat Dr. Elias Straus zur Bar-Mizwah ihres Sohnes 50.—; Herr u. Frau Kulakowsky anl. der Vermählung ihrer Tochter 10.—; N. N. anl. seiner Verlobung 20.— = 80.—.

Büchsen. Geleert durch Herrn Feder: S. Goldfarb 1.05, E. Berkowitz 1.07, L. Feldherr 2.—, S. Kaufmann 2.31, Rituelle Speiseanstalt 1.07, A. Bober 1.70, M. Tenzer 1.—, Frau Frieda Bartel 4.60, J. Kluger 2.—, J. Rosenberg 2.—, M. Diamand 2.06, A. Engelberg 2.45, M. Zeilberger 1.—, H. Weber 1.50, Z. Spielmann 1.60, M. Weizmann 1.34, N. Weizmann 1.—, J. Brunnengraber 3.02, M. Weißbarth 1.—, Herbst-Brückner 3.—, G. Teilheimer 4.—, L. Blum 2.—, M. Schaller 3.19, M. Felsen 1.50, L. Eisenkling 7.50, Dr. A. Weihl 5.—, M. Rosenbaum 1.50, Julius Levi 8.—, Saposchnik 2.55, J. Kupfer 3.—, O. Weinschel 1.97, J. Engelhard 1.—, N. N. 1.49, drei Büchsen unter 1.— 1.87 = 81.34.

Zusammen M. 174.34.

Gesamtsumme seit 1.10.1926 M. 5008.77.

Spendenausweis des Nürnberger Büros v. 29.3.07.

Spendenbuch. Herr und Frau Robert Kohn anl. Geburt ihres Jungen 20.—, Herr H. Wachtel anl. Hochzeit Wachtel-Nußbaum 30.—, Herr und Frau Luitpold Löb anl. Bar-Mizwah ihres Jungen 20.—, Herr Kommerzienrat Carl Steinlein anl. 80. Geburtstag 150.—, Herr S. Bruckheim anl. Hochzeit Bruckheim-Haase 30.—, Herr u. Frau Schlesinger (Fürth) anl. Bar-Mizmah ihres Jungen 5.—, Herr und Frau König (Fürth) anl. Geburt ihrer Tochter 10.—, Herr und Frau Merzbacher (Fürth) anl. Verlobung ihrer Tochter 20.—.

Büchsen. Durch Max Kandel: Rapaport 12.—, Reif 10.—, Fritz Bamberger 4.75, Ad. Schuhmann 3.50, Hüchberger 2.55, Horwitz 2.40, Kandel 2.30, Zuckermann, Desser je 2.—, Chaim Katz 1.50, Kohn, Teilheimer, Max Lehmann je 1.— = 46.—; durch Nathan Radoschitschky: Fleischmann 5.39, I. Fisch 5.—, Friedländer 3.70, Polatschek 3.02, D. Altmann 2.21, Radoschitsky 1.30, Charlupsky 1.05, Dr. Bamberger 21.64 = 43.31; durch Arnold Kandel: S. Gottlieb 3.25, Max Jacoby, Dr. Bär je 2.—, Bernstein, Meier Endzweig je 1.70, H. Schneebalg 1.40, S. Schneebalg, Holzer je 1.30, Lecker —.70, Dr. David Grünbaum 2.73 = 18.08; durch Robert-Martin Altmann: J. Lautmann 11.10, Oppenheimer 7.27, A. Reichenberger 5.64, H. Gutmann 4.—, Dr. Salmonsen, Dr. Katz, Josef Neu, Oskar Schwarzmann je 2.—, Stark 1.87, M. Wilpred 1.50, Silberthau, R.-A. Feilchenfeld je 1.—, N. N. —.39 = 41.77; Groß 7.23.

Allgemeine Spenden. Simon Schönberger (Erlangen) 2.—, Ostjüdische Sektion der Zionistischen Ortsgruppe Tellersammlung anl. Purimabend 5.—.

Bäume. Für Ludwig Davidsohn-Hain: 3. Ausweis (Dank für Dr. Ludwig Mayer) Dr. David Grünbaum 1 Baum 6.—.

Summe M. 454.39.

Seit 1. Oktober 1926 aufgebracht M. 14 445.78.

Resi Wilhermsdörfer
Dipl.-Ing. Leopold Berger
VERLOBTE
Nürnberg München-Breslau

Schachklub „Lasker", München
kondoliert
FAMILIE ZIEGLER
herzlichst. Die Vorstandschaft

Jüdischer Kultur-Verein J. L. Perez, München
kondoliert
FAMILIE ZIEGLER
herzlichst. Die Vorstandschaft.

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. J. Seide, München; für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Herzog-Max-Straße 4, München.